



Rahmenvertrag

Dieser Rahmenvertrag wird mit Zuschlagserteilung zwischen den folgenden Unternehmen geschlossen:

digital@M GmbH

vertreten durch die die Geschäftsführerinnen,
Frau Dr. Laura Dornheim und Aida Gasteiger

Hanauer Str. 22
80992 München

-nachfolgend „**Auftraggeberin**“ -

und

der bezuschlagten Rahmenvertragspartnerin

- nachfolgend „**Auftragnehmerin**“ -

1	Geltungsbereich	4
2	Vertragsgegenstand	4
3	Abwicklung von Einzelabrufen - Miniwettbewerb	5
4	Durchführung und Zusammenarbeit	6
5	Vergütung	9
6	Bonus-Malus-Regelung.....	10
7	Preisanpassung	11
8	Leistungsänderungen	11
9	Drittkomponenten	12
10	Behinderung der Auftragnehmerin	13
11	Rechte an den Arbeitsergebnissen	13
12	Erfindungen, Anmeldung von Schutzrechten	15
13	Eigentum.....	17
14	Werkvertragliche Leistungen	17
15	Dienstvertragliche Leistungen.....	18
16	Haftung für Rechtsmängel; Garantie.....	19
17	Verzug; Leistungszeit	20
18	Haftung.....	21
19	Geheimhaltung	21
20	Datenschutz und Sicherheit	22
21	Verpflichtung des von der Auftragnehmerin eingesetzten Personals	24
22	Herausgabe von Materialien	26
23	Laufzeit und Kündigung des Rahmenvertrages und Einzelvertrages	26
24	Keine Arbeitnehmerüberlassung	27
25	Pflichten der Auftragnehmerin bei Vertragsbeendigung	28
26	Zurückbehaltungsrecht, Aufrechnungsrecht.....	28
27	Schlussbestimmungen	28

In diesem Verfahren wird das generische weibliche Geschlecht verwendet. Das bedeutet, dass sich die Verwendung der weiblichen Form auf Personen aller Geschlechter bezieht.

A.

Als hundertprozentige Tochtergesellschaft der Landeshauptstadt München (LHM) unterstützt die digital@M die Verwaltung bei digitalen Transformationsprozessen. Der Fokus liegt auf qualitativ hochwertigen praxisorientierten Beratungsdienstleistungen, um Know-how, Kompetenzen und Leistungsfähigkeit der Referate und der IT der LHM sowie der städtischen Beteiligungsgesellschaften gezielt weiter auszubauen, insbesondere in strategischen Bereichen wie Digitalisierung und SAP.

Ziel des Vergabeverfahrens ist dementsprechend der Abschluss von Rahmenverträgen zur Erbringung von IT-Beratungs- und Unterstützungsleistungen im SAP-Umfeld, insbesondere in den Bereichen SAP S/4HANA, H4S4 & SuccessFactors, SAP Analytics sowie SAP Business Technology Platform (BTP) sowie Organisationsentwicklung.

B.

Die Auftragnehmerin ist im Rahmen des Vergabeverfahrens für ein Los oder mehrere Lose als die geeignetste und wirtschaftlichste Bieterin hervorgegangen. Die Auftragnehmerin gewährleistet dementsprechend, dass sie dazu bereit und in der Lage ist, die ausgeschriebenen Leistungen der Auftraggeberin zu ihrer Zufriedenheit zu erbringen.

Dies vorausgeschickt, vereinbaren die Parteien folgendes:

1 GELTUNGSBEREICH

- 1.1 Die Bestimmungen dieses Rahmenvertrags gelten für jeden Einzelabruf, den die Auftraggeberin unter Bezugnahme auf diesen Rahmenvertrag abschließt, soweit nicht der schriftliche Einzelabruf abweichende Regelungen enthält.
- 1.2 Allgemeine Geschäftsbedingungen der Auftragnehmerin gelten nicht. Dies gilt selbst dann, wenn die Auftragnehmerin im Rahmen des Abrufes ihr Angebot unter die Geltung ihrer Allgemeinen Geschäftsbedingungen stellt und der Auftraggeberin nicht widerspricht.

2 VERTRAGSGEGENSTAND

- 2.1 Die Auftragnehmerin wird für die Auftraggeberin pro bezuschlagtem Los die beschriebenen Leistungen erbringen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, im Rahmen des Einzelabrufes auch ergänzende Leistungen zu beauftragen, soweit diese einen sachlichen und/oder technischen Zusammenhang zu den obenstehenden Leistungen aufweisen.
- 2.2 Es besteht keinerlei „Abrufverpflichtung“ der Auftraggeberin. Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass ein Einzelabruf von Leistungen nur dann erfolgt, wenn die Auftraggeberin nicht über ausreichende eigene Kapazitäten verfügt, um den Auftrag gegenüber der Endkundin zu erbringen.
- 2.3 Die Auftraggeberin wird im Rahmen der Leistungserbringung in der Regel keine werkvertraglichen Leistungen abrufen. Sollte es im Einzelfall zu einem Abruf einer werkvertraglichen Leistung kommen, wird die Auftraggeberin im Rahmen des Miniwettbewerbs den Abruf eindeutig als werkvertragliche Leistung bezeichnen.
- 2.4 Als Vertragsbestandteile des Vertrages gelten in folgender Reihenfolge:
- die Bestimmungen dieses Vertrages
 - die Vergabeunterlagen zu dem Verfahren „IT-Beratungsdienstleistungen SAP und Organisation „digital@M“
 - das Angebot der Auftragnehmerin auf der Grundlage der Vergabeunterlagen.

3 ABWICKLUNG VON EINZELABRUFEN - MINIWETTBEWERB

3.1 Die Auftraggeberin führt für jeden Einzelabruf innerhalb eines Loses einen erneuten Wettbewerb unter den für dieses Los gebundenen Auftragnehmerinnen durch (Mini-Wettbewerb).

3.2 Die Aufforderung zur Angebotsabgabe enthält mindestens:

- eine Leistungsbeschreibung
- eine Einordnung der Leistung als werk- oder dienstvertragliche Leistung
- die Zuschlagskriterien einschließlich deren Gewichtung,
- die Frist zur Angebotsabgabe

Fehlt dem Einzelabruf einer der Angaben, ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die Auftraggeberin auf diesen Umstand hinzuweisen (Bieterfrage). Unterbleibt der Hinweis, steht der Auftraggeberin im Hinblick auf die fehlende Angabe ein einseitiges Leistungsbestimmungsrecht im Rahmen der Auftragsabwicklung auch dann zu, wenn das Angebot der Auftragnehmerin abweichende Festlegungen im Hinblick auf die fehlende Angabe trifft.

3.3 Die Zuschlagsentscheidung erfolgt auf Grundlage der im Vergabeverfahren bekannt gemachten Zuschlagskriterien.

3.4 Soweit für den konkreten Einzelabruf erforderlich, kann die Auftraggeberin die Zuschlagskriterien unter Beachtung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgrundsatzes konkretisieren.

3.5 Die Auftraggeberin ist berechtigt, bei standardisierten Leistungen den Zuschlag ausschließlich nach dem Preis zu erteilen.

3.6 Die Auftraggeberin ist berechtigt, im Einzelabruf eine Budgetbegrenzung festzulegen. In diesem Fall ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich zu informieren, wenn absehbar ist, dass das Budget überschritten wird. Ohne vorherige Zustimmung der Auftraggeberin besteht kein Anspruch auf Vergütung über das festgelegte Budget hinaus.

4 DURCHFÜHRUNG UND ZUSAMMENARBEIT

- 4.1 Die Auftragnehmerin hat bei Ausführung ihrer Leistungen die geltenden arbeitsrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften und Pflichten einzuhalten. Soweit die Auftragnehmerin von dritter Seite, einschließlich von Behörden, insoweit wegen behaupteter oder tatsächlicher Verstöße gegen anwendbare arbeitsrechtliche, sozialversicherungsrechtliche oder regulatorische Vorschriften in Anspruch genommen werden sollte, wird die Auftragnehmerin die Auftraggeberin jeweils auf erstes Anfordern von sämtlichen Kosten und Aufwendungen freistellen. Dies schließt die Kosten der Rechtsverfolgung auf Seiten der Auftraggeberin ein.
- 4.2 Die Auftragnehmerin stellt sicher, dass sämtliche im Rahmen der Leistungserbringung eingesetzten Mitarbeiterinnen über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, um die vertraglich geschuldeten Leistungen fachgerecht, sicher und fehlerfrei zu erbringen sowie die Kommunikation mit der Auftraggeberin ordnungsgemäß zu gewährleisten.

Hierfür ist mindestens das Sprachniveau C1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) nachzuweisen.

Die Auftragnehmerin hat geeignete Nachweise über die Sprachkenntnisse auf Verlangen vorzulegen. Die Auftraggeberin ist berechtigt, bei Zweifeln an der erforderlichen Sprachkompetenz den Austausch einzelner eingesetzter Personen zu verlangen.

- 4.3 Innerhalb der Ausführung eines Einzelauftrages ist die Auftragnehmerin verpflichtet, den Ablauf und die Ergebnisse ihrer Tätigkeit schriftlich in für qualifizierte Dritte nachvollziehbarerweise zu dokumentieren und die Dokumentation auf Anforderung der Auftraggeberin zu übergeben.
- 4.4 Die Auftraggeberin ist berechtigt das Objektives and Key Results-Prinzip (OKR) oder vergleichbare Methoden zur Überprüfung der Zielerreichung der Leistungsausführung anzuwenden. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, bei der Überprüfung der Zielerreichung mitzuwirken. Dies gilt insbesondere für die Festlegung von einzelnen Zielen / Objektives im Rahmen des Einzelabrufes und die Messung der regelmäßigen Schlüsselerfolge.
- 4.5 Die Auftragnehmerin hat die beauftragten Leistungen fachmännisch nach dem aktuellen Stand der Technik in einem gehobenen Ausführungsstandard, der über einem Ausführungsstandard mittlerer Art und Güte liegt, zu erbringen. Sie ist bei der

Ausführung organisatorisch nicht weisungsgebunden. Die Auftragnehmerin hat sich jedoch inhaltlich an die einzelvertraglichen Vereinbarungen und Weisungen der Auftraggeberin und/oder der Endkundin zu halten. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf Punkt 5.3.-5.4 und 4.7 des Rahmenvertrages.

- 4.6 Die Auftraggeberin wird im Rahmen des Einzelabrufes festlegen, ob und wenn ja zu welchem Anteil die Leistungsausführung vor Ort oder Remote zu erfolgen hat. Der geschätzte Anteil der Leistungen „vor Ort“ beträgt 25 % des gesamten Leistungsanteils.
- 4.7 Jede Vertragspartnerin benennt der anderen für jeden Einzelabruf eine sachkundige Mitarbeiterin als Ansprechpartnerin (Projektleiterin), die die zur Durchführung des jeweiligen Einzelabrufes erforderlichen Auskünfte erteilen und Entscheidungen entweder treffen oder veranlassen kann. Änderungen der Person der jeweiligen Ansprechpartnerin werden der jeweils anderen Vertragspartei schriftlich mitgeteilt.
- 4.8 Der Auftragnehmerin ist bekannt, dass das von der Auftragnehmerin gestellte Personal nicht bei der Auftraggeberin direkt zum Einsatz kommt, sondern bei einer mit der Auftraggeberin gemäß den Vorgaben des § 108 GWB verbundenen Unternehmen. Aus diesem Grunde ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die Leistungen grundsätzlich selbst, das heißt mit festangestellten Mitarbeiterinnen zu erbringen. Der Einsatz von Subunternehmerinnen ist grundsätzlich nur in besonderen Ausnahmefällen zulässig. Auf jeden Fall darf die Auftragnehmerin ihrerseits qualifizierte Subunternehmerinnen nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung in Textform gemäß § 126 BGB der Auftraggeberin einsetzen. Die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin auf deren Anforderung detailliert über den Grund des Einsatzes und die Qualifikation der einzusetzenden Subunternehmerinnen informieren. Die entsprechenden Verträge mit den qualifizierten Subunternehmerinnen schließt die Auftragnehmerin im eigenen Namen und für eigene Rechnung ab.
- 4.9 Soweit die Auftragnehmerin ihre Leistungen in den Räumen der Endkundinnen erbringt, sind die dort geltenden Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten. Die Auftragnehmerin hat sich vor ihrer Leistungserbringung bei der Auftraggeberin über die aktuellen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften zu erkundigen.
- 4.10 Mitwirkungsleistungen der Auftraggeberin:
Der Auftraggeberin bemüht sich, gegenüber der Auftragnehmerin auf Anforderung die für die Erbringung der von ihr geschuldeten Leistungen erforderliche Unterstützung zu leisten und benötigte Informationen und Unterlagen – auch von der

Endkundin - rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Der Auftraggeberin hat insbesondere folgende Mitwirkungspflichten:

- Zur Verfügung stellen der zur Durchführung der Leistung erforderlichen Unterlagen und Informationen sowie Auskunftserteilung über vorhandene Anlagen, Geräte und Programme
- Gewährung des Zutritts zu den Geschäftsräumen der Auftraggeberin und deren Endkundin

Die Auftraggeberin übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit etwaiger von ihr vorgelegter Unterlagen oder von ihr gegebener Auskünfte. Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die Auftraggeberin auf etwaige Unstimmigkeiten in den von dieser mitgeteilten Informationen und Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, unverzüglich hinzuweisen. Bestehen von Seiten der Auftragnehmerin Zweifel an der Richtigkeit der mitgeteilten Informationen und Tatsachen, verpflichtet sich die Auftraggeberin auf Verlangen der Auftragnehmerin die Vollständigkeit und Richtigkeit der Informationen und Tatsachen schriftlich zu bestätigen und hierfür die Gewährleistung zu übernehmen. Mehraufwand der Auftragnehmerin, der durch die Vorlage unrichtiger Informationen und Tatsachen durch die Auftraggeberin der Auftragnehmerin entsteht, ist von der Auftraggeberin zu vergüten und bleibt von dieser Ziffer 5.9. des Vertrages unberührt.

- 4.11 Für den Fall, dass die Auftragnehmerin im Einzelabruf Mitarbeiterinnen einsetzt, welche nicht über die angebotenen Qualifikationen verfügen, kann die Auftraggeberin die Durchführung der von der Auftragnehmerin geschuldeten Leistungen durch bestimmte qualifizierte Mitarbeiterinnen der Auftragnehmerin verlangen. Der Austausch einer Mitarbeiterin der Auftragnehmerin kann von der Auftraggeberin bei Vorliegen eines sachlichen Grundes jederzeit verlangt werden. Ein sachlicher Grund liegt insbesondere dann vor, wenn im Hinblick auf die Mitarbeiterin wiederholt Beschwerden auftreten.

Der Austausch einer Mitarbeiterin durch die Auftragnehmerin ohne Zustimmung der Auftraggeberin ist nur dann zulässig, wenn die eingesetzte Mitarbeiterin aus von der Auftragnehmerin nicht zu vertretenden Gründen an der Erbringung der vertraglichen Leistungen verhindert und dadurch die termingerechte Durchführung des jeweiligen Vertrags gefährdet ist.

In jedem Fall ist ein Austausch nur gegen Mitarbeiterinnen mit gleicher Qualifikation zulässig. Die Auftragnehmerin wird der Auftraggeberin den Austausch von Mitarbeiterinnen rechtzeitig schriftlich ankündigen und dieser die für den Einsatz vorgesehenen neuen Mitarbeiterinnen vorstellen. Der Auftraggeberin kann den Einsatz von Mitarbeiterinnen ablehnen, wenn hierfür ein sachlich gerechtfertigter

Grund vorliegt. Ein sachlich gerechtfertigter Grund liegt insbesondere auch dann vor, wenn die Endkundin die Mitarbeiterin ablehnt.

5 VERGÜTUNG

5.1 Mit der im Angebot der Auftragnehmerin angegebenen Vergütung bzw. mit der gemäß Einzelauftrag vereinbarten Vergütung sind alle von der Auftragnehmerin zu erbringenden Leistungen abgegolten.

5.2 Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart wurde, ist die Vergütung innerhalb von 30 Tagen gerechnet ab Abnahme bzw. vollständiger Leistungserbringung und Zugang einer ordnungsgemäßen und prüfbaren Rechnung, die insbesondere den Anforderungen des Steuerrechts entspricht, bei der Auftraggeberin zur Zahlung fällig. Die Fälligkeit der Vergütung setzt die Vorlage des unterzeichneten Leistungsnachweises durch die Kundin oder der Auftraggeberin sowie der Beraterin voraus.

Bezieht sich das Einzelprojekt auf einen andauernden Beratereinsatz (mehr als 2 Monate) erfolgt die Vergütung unabhängig von der Abnahme der Leistung in monatlichen Abschlägen. Die Abschlagszahlungen ersetzen jedoch nicht die Abnahme und stellen kein Anerkenntnis in Bezug auf die ordnungsgemäße Leistungserbringung durch die Auftragnehmerin dar. Die Auftraggeberin wird der Auftragnehmerin sonstige Anforderungen erforderlichenfalls schriftlich mitteilen.

5.3 Reise- und Übernachtungskosten werden der Auftragnehmerin nur für Reisen erstattet, welche ein Ziel außerhalb von München betreffen. Auf jeden Fall sind der Auftraggeberin anfallende Reisekosten anzuzeigen und von dieser vorab freizugeben. Die Auftragnehmerin hat ausdrücklich keinen Anspruch auf Ersatz von Reisekosten, wenn diese dadurch bedingt werden, dass einzelvertraglich ein Mitarbeiterinneneinsatz vor Ort abgefragt wird.

5.4 Zahlungen der Auftraggeberin an die Auftragnehmerin beinhalten keine Anerkennung der von der Auftragnehmerin erbrachten Leistung als vertragsgemäß.

5.5 Enthält eine Rechnung der Auftragnehmerin strittige Einzelpositionen, so ist die Auftraggeberin berechtigt, die Zahlung der strittigen Positionen bis zur endgültigen Klärung zurückzuhalten. Die unstrittigen Positionen werden entsprechend der üblichen Fristen und Verfahren durch die Auftraggeberin beglichen. Zurückbehaltungsrechte oder Leistungsverweigerungsrechte der Auftragnehmerin

wegen von der Auftraggeberin nicht beglichener strittiger Rechnungspositionen sind ausgeschlossen.

- 5.6 Die Auftragnehmerin hat keinen Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen, die dadurch entstehen, dass die Auftragnehmerin gegen ihre Verpflichtungen gemäß Punkt 3 des Rahmenvertrages verstößt.
- 5.7 Soweit im Leistungsschein nicht abweichend geregelt, wird die Vergütung für die im jeweiligen Kalendermonat erbrachten Leistungen jeweils zum Monatsende fällig. Die Auftragnehmerin hat hierüber spätestens bis zum Ende des auf die Leistungserbringung folgenden Kalendermonats eine prüffähige Rechnung zu stellen. Die Rechnung hat die im abgerechneten Zeitraum erbrachten Leistungen nachvollziehbar auszuweisen.
- 5.8 Rechnungen sind zu stellen an: digital@M GmbH, Hanauerstr. 22, 80992 München und per E-Mail an rechnung@digital-at-m.de einzureichen.

6 BONUS-MALUS-REGELUNG

- 6.1 Werden die vereinbarten Service Levels oder wesentliche Leistungspflichten nicht eingehalten, ist die Auftraggeberin berechtigt, eine angemessene Minderung der Vergütung vorzunehmen.
Die Minderung beträgt in der Regel bis zu 5 % der monatlichen Vergütung je betroffenen Einzelabruf, maximal jedoch 10 % pro Monat.

Eine Minderung kommt insbesondere in Betracht bei:
Unterschreitung der vereinbarten Verfügbarkeit,
erheblichen qualitativen Mängeln.

- 6.2 Die Auftraggeberin kann bei überdurchschnittlicher Leistungserbringung, insbesondere bei: besonders effizienter oder innovativer Leistungserbringung, eine zusätzliche Vergütung (Bonus) gewähren.

Die Gewährung eines Bonus erfolgt nach billigem Ermessen der Auftraggeberin und begründet keinen Anspruch für zukünftige Fälle.

7 PREISANPASSUNG

- 7.1 Innerhalb der Laufzeit des Vertrages kann die Auftragnehmerin neue Vergütungssätze auf Grund eines die lohnwirksamen Sozialaufwendungen ändernden Gesetzes verlangen. In diesem Fall sind nur lohnabhängige Kostenanteile an diesen Vergütungssätzen bis zur Höhe des Prozentsatzes der Änderung der gesetzlichen Sozialaufwendungen zu erhöhen.
- 7.2 Der Nachweis der Änderung der gesetzlichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen ist von der Auftragnehmerin durch Vorlage der Nachweise über die Änderung der gesetzlichen lohnwirksamen Sozialaufwendungen zu führen.
- 7.3 Die Erhöhung oder Ermäßigung der Vergütung tritt am Tage des Inkrafttretens der Änderung der gesetzlichen Sozialaufwendungen ein.
- 7.4 Die Auftragnehmerin ist darüber hinaus berechtigt, nach Ablauf von 24 Monaten einmalig eine Vergütungsanpassung zu verlangen, wenn sich der Verbraucherindex des statistischen Bundesamtes, Basisjahr 2026, um mehr als 5 % erhöht hat. Die Vergütungsanpassung hat entsprechend der prozentualen Erhöhung des Verbraucherindex zu erfolgen und ist von der Auftragnehmerin entsprechend nachzuweisen. Der Auftragnehmerin hat die Vergütungsanpassung jeweils bis spätestens zum 30.06. des jeweiligen Jahres geltend zu machen.

8 LEISTUNGSÄNDERUNGEN

- 8.1 Die Auftraggeberin ist berechtigt, Änderungen der Leistungen im Rahmen des jeweiligen Einzelvertrages anzuordnen, soweit diese Änderungen vom ursprünglichen Auftragsgegenstand umfasst sind.
- 8.2 Änderungen sind insbesondere zulässig, wenn:
- sie technisch oder funktional erforderlich sind oder
 - sie der Optimierung der Leistungserbringung dienen.
- 8.3 Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, ein Angebot über die geänderten Leistungen abzugeben.
- 8.4 Die Vertragspartnerinnen werden sich dann über eine angemessene Anpassung des Einzelabrufes und der Vergütung sowie der Fertigstellungstermine verständigen; die Anpassungen haben sich an den bisherigen Vertragskonditionen, insbesondere auch an den Vergütungsregelungen zu orientieren. Kommt die notwendige Anpassung des Einzelabrufes nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums

zustande, so werden die Arbeiten, die von den Änderungswünschen bzw. Weisungen nicht betroffen sind und deren Erbringung für die Auftraggeberin noch sinnvoll ist, ohne Änderungen auf der Grundlage des bestehenden Einzelabrufes weitergeführt. Unterbleibt die unverzügliche Mitteilung, so kann die Auftragnehmerin keine Erhöhung der Vergütung bzw. keine Anpassung der Fertigstellungstermine beanspruchen.

- 8.5 Änderungen dürfen nicht zu einer wesentlichen Änderung des Auftrags im Sinne des § 132 GWB führen.
- 8.6 Überschreitet die Leistungsänderung einen Umfang von 10 % des ursprünglichen Auftragswertes, ist eine gesonderte Vereinbarung erforderlich.
- 8.7 Soweit sich Änderungswünsche oder inhaltliche Weisungen der Auftraggeberin oder andere von ihr zu vertretende Umstände auf die Vertragsbedingungen (vor allem den Inhalt, den Umfang, die Qualität oder die Art und Weise der vereinbarten Leistungen der Auftragnehmerin oder den Ort der Leistungserbringung) auswirken, insbesondere zu einem erhöhten Arbeitsaufwand führen, wird die Auftragnehmerin auch dies der Auftraggeberin unverzüglich schriftlich mitteilen.
- 8.8 Die Vertragspartnerinnen werden sich dann über eine angemessene Anpassung des Einzelabrufes und der Vergütung sowie der Fertigstellungstermine verständigen; die Anpassungen haben sich an den bisherigen Vertragskonditionen, insbesondere auch an den Vergütungsregelungen zu orientieren. Kommt die notwendige Anpassung des Einzelabrufes nicht innerhalb eines angemessenen Zeitraums zustande, so werden die Arbeiten, die von den Änderungswünschen bzw. Weisungen nicht betroffen sind und deren Erbringung für die Auftraggeberin noch sinnvoll ist, ohne Änderungen auf der Grundlage des bestehenden Einzelabrufes weitergeführt. Unterbleibt die unverzügliche Mitteilung, so kann die Auftragnehmerin keine Erhöhung der Vergütung bzw. keine Anpassung der Fertigstellungstermine beanspruchen.

9 DRITTKOMPONENTEN

- 9.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, den Einsatz von Open-Source-Software oder Drittsoftware vorab offenzulegen.
- 9.2 Der Einsatz von Software mit Copyleft-Effekten ist nur mit Zustimmung der Auftraggeberin zulässig.

- 9.3 Die Auftragnehmerin stellt sicher, dass keine Rechte Dritter der Nutzung entgegenstehen.

10 BEHINDERUNG DER AUFTRAGNEHMERIN

Sieht sich die Auftragnehmerin in der Durchführung der Leistungen durch Umstände, gleich welcher Art, behindert, so wird sie dies der Auftraggeberin unverzüglich in Textform (nach 126b BGB) mitteilen. Sind die behindernden Umstände von der Auftragnehmerin nicht zu vertreten, so werden sich die Vertragspartnerinnen über eine angemessene Verschiebung der vereinbarten Terminen in Textform (nach § 126 BGB) verständigen. Unterbleibt die unverzügliche Mitteilung, so kann sich die Auftragnehmerin später auf diese Umstände nicht berufen.

11 RECHTE AN DEN ARBEITSERGEBNISSEN

- 11.1 Die Auftraggeberin erhält von der Auftragnehmerin im Zeitpunkt der Entstehung unwiderruflich das ausschließliche Recht, die von der Auftragnehmerin im Rahmen des Vertrags individuell für die Auftraggeberin erbrachten Leistungen und individuell für diese erstellten Arbeitsergebnisse, insbesondere gefertigte Konfigurationen, Konzepte, Dokumentationen, Berichte, Organisations- und Projektpläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen – im Folgenden „Arbeitsergebnisse“ genannt -, jeweils in allen Zwischen- und Endstufen, räumlich, zeitlich und inhaltlich uneingeschränkt, auch in bearbeiteter und umgestalteter Form, für alle Nutzungsarten und Einschluss von zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannter Nutzungsarten auf Dauer zu nutzen oder nutzen zu lassen.
- 11.2 Zu diesem Zweck überträgt die Auftragnehmerin der Auftraggeberin jeweils im Zeitpunkt der Entstehung das ausschließliche, inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränkte Nutzungsrecht an den Arbeitsergebnissen jeweils in allen ihren Zwischen- und Endstufen. Hierzu zählen insbesondere, jedoch nicht nur:
- das Recht, Abänderungen, Übersetzungen, Bearbeitungen oder andere Umgestaltungen an den Arbeitsergebnissen vorzunehmen,
 - das Recht, die Arbeitsergebnisse im Original oder in abgeänderter, übersetzter, bearbeiteter oder umgestalteter Form auf einem beliebigen bekannten Medium oder in anderer Weise zu speichern, zu vervielfältigen, auszustellen, zu veröffentlichen, in körperlicher oder unkörperlicher Form zu verbreiten, insbesondere nichtöffentlich und öffentlich wiederzugeben, auch durch Bild-, Ton- und sonstige Informationsträger,
 - das Recht zur Nutzung der Arbeitsergebnisse in Datenbanken, Datennetzen und Online-Diensten, KI-Systemen, einschließlich des Rechts, die

Arbeitsergebnisse, auch in bearbeiteter Form, den Nutzern der vorgenannten Datenbanken, Netze und Online-Dienste zur Recherche und zum Abruf mittels von der Auftraggeberin gewählter Tools bzw. zum Herunterladen zur Verfügung zu stellen,

- das Recht, die Arbeitsergebnisse, auch in bearbeiteter Form, auf Computern oder anderen datenverarbeitenden Maschinen zu nutzen oder durch Dritte nutzen zu lassen.
- das Recht, die Arbeitsergebnisse nicht nur für eigene Zwecke zu nutzen, sondern die Arbeitsergebnisse auch zur Erbringung von Dienstleistungen und sonstigen Leistungen für Dritte einzusetzen.

- 11.3 Die Auftraggeberin ist nicht zur Ausübung der ihr vorstehend eingeräumten Nutzungsrechte verpflichtet.
- 11.4 Die Auftraggeberin ist berechtigt, die ihr gemäß vorstehenden Absätzen zustehenden Rechte ohne Einholung weiterer Zustimmungen von Seiten der Auftragnehmerin ganz oder teilweise auf Dritte zeitweilig oder dauerhaft zu übertragen oder Anderen entsprechende Nutzungsrechte hieran einzuräumen. Dies gilt insbesondere für eine Übertragung an die Endkundin.
- 11.5 An von der Auftragnehmerin zum Zwecke der Vertragserfüllung oder sonstiger Verpflichtungen gelieferten oder sonst zu diesem Zweck in die Arbeitsergebnisse eingebrachten sonstigen Materialien, Unterlagen und Dokumenten (im Folgenden kurz „Materialien“), die bereits vor Auftragserteilung bestanden, jedoch nicht individuell für die Auftraggeberin erstellt wurden, erhält die Auftraggeberin im Zeitpunkt der Lieferung bzw. der Einbindung dieser Materialien in ein Arbeitsergebnis an diesen ein einfaches, inhaltlich, räumlich und zeitlich unbeschränktes, unwiderrufliches Nutzungsrecht jeweils in allen ihren Zwischen- und Endstufen.
- 11.6 Bilden bereits vor Auftragserteilung bestehende Materialien, Unterlagen und Dokumente der Auftragnehmerin lediglich den gestalterischen Rahmen für von der Auftragnehmerin individuell erstellte Arbeitsergebnisse (z.B. ein von der Auftragnehmerin allgemein verwendetes Dokumenten-Template wird zur Erstellung eines individuellen Konzeptes oder Reports verwendet), so handelt es sich bei einem so kombinierten Werk insgesamt um ein Arbeitsergebnis im Sinne von vorstehend Ziffer 12.1 auf das die Bestimmungen der Ziffern 12.1, 12.2, 12.3, 12.4 und 12.5 unmittelbar und uneingeschränkt Anwendung finden. Die Auftragnehmerin bleibt allerdings berechtigt, die Materialien als solche auch zu anderen Zwecken frei zu nutzen. Zur Verwendung kommende Materialien sind ggfs. in einem gesonderten Vertragsdokument aufzuführen.

- 11.7 Der Auftragnehmerin wird in Verträgen mit ihren Mitarbeiterinnen bzw. sonstigen Erfüllungsgehilfen sicherstellen, dass die Rechte nach Ziff. 12 in dem dort bestimmten Inhalt und Umfang der Auftraggeberin zustehen und auch nicht durch eine Beendigung der Verträge zwischen der Auftragnehmerin und ihren Mitarbeiterinnen bzw. sonstigen Erfüllungsgehilfinnen berührt werden. Die Auftragnehmerin wird auch anderen an der Durchführung des Vertrages beteiligten Dritten eine Satz 1 entsprechende Verpflichtung auferlegen.
- 11.8 Die Auftragnehmerin darf die Arbeitsergebnisse in dem zur Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der Auftraggeberin erforderlichen Umfang nutzen.
- 11.9 Für von der Auftragnehmerin oder einer Subunternehmerin verwendete Hilfsmittel, wie zum Beispiel Programme oder Programmteile (etwa Tools oder Module), die die Auftragnehmerin zum Zwecke der Erbringung der Leistungen bzw. der Erstellung des Arbeitsergebnisses einsetzt und die in das Arbeitsergebnis integriert sind bzw. die zur Nutzung bzw. Pflege der Arbeitsergebnisse erforderlich sind, gilt Ziffer 12.6. entsprechend. An sonstigen Hilfsmitteln erwirbt die Auftraggeberin keine Rechte; die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin jedoch auf Wunsch über solche Hilfsmittel unterrichten.

12 ERFINDUNGEN, ANMELDUNG VON SCHUTZRECHTEN

- 12.1 Erfindungen im Zusammenhang mit oder in Gestalt von individuell für die Auftraggeberin erstellten Arbeitsergebnissen, die im Rahmen der Vertragserfüllung gemacht werden, sowie jede Form der hierauf erteilten Schutzrechte stehen ausschließlich der Auftraggeberin zu.
- 12.2 Die Auftraggeberin ist berechtigt, ohne weitere Zustimmung seitens der Auftragnehmerin in ihrem Namen zu ihrer ausschließlichen Verfügungsberechtigung Schutzrechte des geistigen Eigentums inhaltlich, zeitlich und räumlich unbegrenzt anzumelden.
- 12.3 Handelt es sich bei den Arbeitsergebnissen um Erfindungen, die von Arbeitnehmerinnen der Auftragnehmerin gemacht wurden, und die zwingenden Bestimmungen des Arbeitnehmererfindungsgesetzes (ArbErfG) unterfallen, gilt folgendes:

Für Dienstervfindungen gilt:

- Die Auftragnehmerin wird der Auftraggeberin die von ihren Arbeitnehmerinnen gemeldeten Dienstervfindungen unverzüglich schriftlich weitermelden und

hierbei kenntlich machen, dass es sich um Dienstleistungen handelt. Die Auftragnehmerin wird hierbei der Auftraggeberin unverzüglich die in § 5 Abs. 2 ArbErfG bezeichneten Informationen zur Verfügung stellen. Zugleich teilt die Auftragnehmerin der Auftraggeberin unverzüglich mit, wann die Frist für die Inanspruchnahme der Dienstleistung durch die Auftragnehmerin abläuft.

- Die Auftraggeberin entscheidet sodann rechtzeitig vor Ablauf der Inanspruchnahmefrist, ob sie die Übertragung der Rechte an der Dienstleistung an sich wünscht und ob die Übertragung alle Rechte oder nur die nichtausschließlichen Rechte an der Dienstleistung umfassen soll. Sie teilt der Auftragnehmerin ihre Entscheidung schriftlich vor Ablauf der Inanspruchnahmefrist mit.
- Entsprechend der Entscheidung der Auftraggeberin nimmt die Auftragnehmerin sodann die Dienstleistung der Arbeitnehmerin beschränkt bzw. unbeschränkt in Anspruch. Sie übernimmt, soweit erforderlich, die Anmeldung und überträgt der Auftraggeberin unverzüglich die entsprechenden Rechte im Sinne des § 15 Abs. 1 Patentgesetz. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich zur Vornahme aller tatsächlichen und rechtlichen Maßnahmen und Handlungen, um die Übertragung der Rechte auf die Auftraggeberin zu ermöglichen. Die Auftraggeberin erstattet die durch die Anmeldung entstandenen erforderlichen Kosten in Abhängigkeit zum Umfang der gewünschten Rechtsübertragung ganz oder teilweise.
- Bei Übertragung der vorgenannten Rechte kann die Auftragnehmerin die Zahlung einer zusätzlichen Vergütung in Höhe des Betrages verlangen, den sie nach den Bestimmungen des ArbErfG an die betreffende Arbeitnehmerin als Vergütung für die Inanspruchnahme der Dienstleistung zu zahlen verpflichtet ist.
- Die Auftragnehmerin wird der Auftraggeberin über gegebenenfalls mit der Arbeitnehmerin hinsichtlich der Dienstleistung geführte Schiedsverfahren und Rechtsstreitigkeiten informieren.

Für freie Erfindungen gilt:

Die Auftragnehmerin trägt dafür Sorge, dass freie Erfindungen nicht Bestandteil der Arbeitsergebnisse werden. Ist dies gleichwohl der Fall, finden die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer 13.3 entsprechende Anwendung, wobei die Besonderheiten des ArbErfG bezüglich freier Erfindungen zu berücksichtigen sind.

Für andere Nutzungsrechte gilt:

Sofern neben den Nutzungsrechten gemäß vorstehender Ziffer 12 noch weitere Schutzrechte, insbesondere solche im Sinne dieser Ziffer 13, für die Arbeitsergebnisse bestehen, hat die Auftragnehmerin in jedem Fall sicherzustellen,

dass die Auftraggeberin durch diese anderen Schutzrechte nicht in der Ausübung der nach Ziffer 8 eingeräumten Nutzungsrechte gehindert bzw. beeinträchtigt wird.

13 EIGENTUM

Das Eigentum an allen von der Auftragnehmerin für die Auftraggeberin erstellten verkörperten Arbeitsergebnissen geht jeweils im Zeitpunkt der Entstehung ohne Vorbehalt auf die Auftraggeberin über. Diese Gegenstände werden von der Auftragnehmerin für die Auftraggeberin gegebenenfalls verwahrt und sind jederzeit auf schriftliches Verlangen, bzw. Verlangen per E-Mail an die Auftraggeberin herauszugeben. Dies gilt auch bei Arbeitsergebnissen und Unterlagen, die auf elektronischen Datenträgern gespeichert sind und der Auftraggeberin ausgehändigt wurden. Die Auftragnehmerin und die Auftraggeberin vereinbaren jeweils, in welcher Form elektronisch gespeicherte Arbeitsergebnisse und Unterlagen an die Auftraggeberin übergeben werden.

14 WERKVERTRAGLICHE LEISTUNGEN

- 14.1 Ein Erfolg, der die Leistung als werkvertragliche Leistung qualifiziert, liegt darin, dass ein bestimmtes Ergebnis (Ziel/Objektiv/Key Result), das im Einzelvertrag näher beschrieben wird, zu erzielen ist. Dieses Ergebnis kann auch in der Herstellung einer Studie liegen, auf deren Basis die Auftraggeberin weitere Aufträge an die Auftragnehmerin oder Dritte vergeben könnte. Die Parteien können auch vereinbaren, dass sie als einen der Schritte im Rahmen der Leistungen der Auftragnehmerin noch gemeinsam diesen Erfolg genauer festlegen (z.B. bei Leistungsausführung gemäß SCRUM-Methode). Auch in diesen Fällen gilt dann die Leistung (z.B. im Sprint vereinbarter Erfolg) als werkvertragliche Leistung.
- 14.2 Nachdem der Leistungsgegenstand und alle hierzu gehörenden Unterlagen und Materialien ordnungsgemäß an die Auftraggeberin übergeben sind, führt die Auftraggeberin die Abnahmeprüfung bezüglich des Vertragsgegenstandes durch. Werden dabei Mängel festgestellt, die nicht nur unwesentlich sind, so hat der Auftragnehmerin die Mängel unverzüglich unentgeltlich zu beseitigen und den Vertragsgegenstand wiederum zur Abnahmeprüfung bereitzustellen. Zusätzlich hat die Auftraggeberin das Recht, vor der Abnahmeprüfung in angemessenem Umfang eine Funktionsprüfung durchzuführen, bei der die Auftragnehmerin Unterstützung leistet.
- 14.3 Die Auftragnehmerin wird die Bereitstellung des Vertragsgegenstandes zur Abnahme mit angemessenen Fristen vorher schriftlich ankündigen.

- 14.4 Die Auftragnehmerin steht für die Unterstützung bei der Abnahmeprüfung in angemessenem Umfang zur Verfügung.
- 14.5 Wegen unwesentlicher Mängel kann die Abnahme nicht verweigert werden. Die Abnahme kann nur förmlich erklärt werden. Die Abnahmeerklärung der Auftraggeberin bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- 14.6 Die Auftragnehmerin gewährleistet, dass die Arbeitsergebnisse den vereinbarten Leistungsmerkmalen entsprechen.
- 14.7 Durch die Auftraggeberin während der Gewährleistungsfrist schriftlich gerügte unwesentliche Mängel sind von der Auftragnehmerin in angemessener Frist unentgeltlich zu beseitigen. Schriftlich gerügte wesentliche Mängel sind unverzüglich zu beseitigen.
- 14.8 Die Auftraggeberin kann eine angemessene Frist für die Beseitigung der Mängel setzen; in Bezug auf die Angemessenheit sind die Art der Sache bzw. des Mangels sowie die sonstigen Umstände zu berücksichtigen. Verstreicht sie fruchtlos, kann die Auftraggeberin nach ihrer Wahl von der Auftragnehmerin weiterhin die Beseitigung unter nochmaliger Fristsetzung verlangen oder die Beseitigung durch die Auftragnehmerin ablehnen und die Mängel auf Kosten der Auftragnehmerin beseitigen oder beseitigen lassen.
- 14.9 Soweit Mängel des Vertragsgegenstandes auf von der Auftraggeberin zu vertretenden Umständen zurückgehen, wird die Auftragnehmerin sie auf Wunsch der Auftraggeberin zu jeweils zu vereinbarenden angemessenen Preisen und Bedingungen beseitigen.
- 14.10 Sind Teilabnahmen vereinbart, endet die Verjährungsfrist für Mängelrechte einheitlich mit der Verjährungsfrist für die letzte Teilleistung. Jede Erklärung einer Teilabnahme steht unter dem Vorbehalt einer Gesamtabnahme, mit der das vertragsgemäße Zusammenwirken aller Teilleistungen festgestellt wird. Die Auftragnehmerin ist bis zum Zeitpunkt der Erklärung der Gesamtabnahme dafür beweispflichtig, dass alle Teilleistungen vertragsgemäß zusammenwirken.
- 14.11 Die gesetzlichen Bestimmungen bleiben im Übrigen unberührt.

15 DIENSTVERTRAGLICHE LEISTUNGEN

- 15.1 Bei dienstvertraglichen Leistungen übergibt die Auftragnehmerin die Leistungsnachweise der Auftraggeberin gemeinsam mit einer schriftlichen

Erklärung, dass die Arbeiten vollendet sind, und bietet deren gemeinsame Besprechung an.

- 15.2 In einem vereinbarten Festpreis sind diese Präsentation und Besprechung jeweils enthalten.
- 15.3 Die Auftragnehmerin hat die beauftragten Leistungen gemäß den Vorgaben zu erbringen.
- 15.4 Hinsichtlich Leistungen der Auftragnehmerin, die den vorstehenden Anforderungen nicht genügen, hat die Auftraggeberin das Recht auf kostenlose Nacherfüllung durch die Auftragnehmerin. Nach den gesetzlichen Bestimmungen daneben bestehende Rechte und Ansprüche bleiben hiervon unberührt.

16 HAFTUNG FÜR RECHTSMÄNGEL; GARANTIE

- 16.1 Die Auftragnehmerin garantiert, Inhaber aller gemäß vorstehender Ziffer 16 übertragenen bzw. eingeräumten Nutzungs- bzw. Verwertungsrechte zu sein. Sie garantiert, dass sie berechtigt ist, diese Rechte auf die Auftraggeberin im Umfang gemäß Ziffer 16 zu übertragen. Sie garantiert des Weiteren, dass ihre Arbeitsergebnisse frei von Schutzrechten Dritter sind und dass auch keine sonstigen Rechte bestehen, die eine vertragsmäßige Nutzung behindern oder ausschließen würden.
- 16.2 Die Auftragnehmerin stellt insbesondere durch entsprechende Vereinbarungen mit ihren Arbeitnehmerinnen, freien Mitarbeiterinnen und sonstigen Erfüllungsgehilfinnen sicher, dass die vertragsgegenständliche Nutzung nicht durch Rechte eventueller Urheber oder durch sonstige Rechte der Arbeitnehmerinnen, freien Mitarbeiterinnen und sonstiger Erfüllungsgehilfinnen beeinträchtigt wird und dass sie berechtigt ist, die Rechte solcher Dritter im vorgenannten Umfang an die Auftraggeberin zu übertragen.
- 16.3 Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit den von ihr erstellten Arbeitsergebnissen frei.
- 16.4 Wird die Auftraggeberin von einem Dritten wegen behaupteter Urheberrechtsverletzungen oder Verletzung von sonstigen gewerblichen Schutzrechten auch im Hinblick auf die Nutzung der Arbeitsergebnisse in Anspruch genommen, so ist die Auftragnehmerin verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich

von diesen Ansprüchen freizustellen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um der Auftraggeberin die weitere vertragsgemäße Nutzung der Arbeitsergebnisse zu ermöglichen; die Auftraggeberin wird sich hinsichtlich der rechtlichen Verteidigung gegenüber dem Dritten mit der Auftragnehmerin abstimmen.

- 16.5 Die Freistellungspflicht der Auftragnehmerin bezieht sich auf alle Aufwendungen, die der Auftraggeberin aus oder im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme durch einen Dritten notwendigerweise erwachsen. Die Auftraggeberin wird sich hinsichtlich der rechtlichen Verteidigung mit der Auftragnehmerin abstimmen.
- 16.6 Ansprüche der Auftraggeberin auf Schadensersatz bzw. Ersatz vergeblicher Aufwendungen unter den Voraussetzungen und in den Grenzen der Ziffer 19 bleiben daneben unberührt.
- 16.7 Für Schutzrechtsverletzungen, die ausschließlich von der Auftraggeberin verursacht wurden, haftet die Auftragnehmerin nicht.
- 16.8 Die Verjährungsfrist beträgt 5 Jahre.
- 16.9 Die Verjährungsfrist beginnt mit Abschluss der jeweiligen Leistung.

17 VERZUG; LEISTUNGSZEIT

- 17.1 Die im Einzelabruf angegebenen Leistungszeiten sind bindend.

Die Auftragnehmerin ist verpflichtet, die Auftraggeberin unverzüglich schriftlich in Kenntnis zu setzen, wenn Umstände eintreten oder ihr erkennbar werden, aus denen sich ergibt, dass die vereinbarte Leistungszeit nicht eingehalten werden kann. Vorstehende Ziff. 11 dieses Rahmenvertrages (Behinderungsanzeige) findet Anwendung.

- 17.2 Gerät die Auftragnehmerin mit der Ausführung der vertraglich geschuldeten Leistungen in Verzug, so hat er für jede angefangene Kalenderwoche des Verzugs eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % der Bruttoauftragssumme des jeweiligen Einzelvertrages zu zahlen.

Die Vertragsstrafe ist insgesamt auf 5 % der Bruttoauftragssumme des jeweiligen Einzelvertrages begrenzt.

18 HAFTUNG

- 18.1 Die eine Partei haftet der anderen unbeschränkt für Schäden, die auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit ihrerseits oder eines ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen, sowie für Schäden, die in den Schutzbereich einer von ihr gegebenen Garantie oder Zusicherung fallen.
- 18.2 Für solche Schäden, die auf einer fahrlässigen Verletzung von Vertragspflichten durch eine Partei oder eines ihrer gesetzlichen Vertreter oder Erfüllungsgehilfen beruhen, haften die Parteien begrenzt auf den zweifachen Bruttoauftragswert des jeweiligen Einzelabrufes.
- 18.3 Die vorstehenden Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Haftung der Parteien im Hinblick auf den Ersatz vergeblicher Aufwendungen.
- 18.4 Eine Haftung der Auftragnehmerin für den Verlust von Daten ist ausgeschlossen, soweit die Auftragnehmerin nachweist, dass die Auftraggeberin keine regelmäßige und ordnungsgemäße Datensicherung vorgenommen hat.

19 GEHEIMHALTUNG

- 19.1 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen, Unterlagen und sonstige Hilfsmittel, die sie im Zusammenhang mit der Durchführung des Vertrags erhält, nur zur Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Auftraggeberin zu verwenden. Sie verpflichtet sich außerdem, alle vertraulichen Informationen, die ihr im Rahmen des Vertrags und seiner Durchführung bekannt werden, sowie den Abschluss, Gegenstand und Inhalt des Vertrags geheim zu halten und alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Kenntnisnahme und Verwertung durch Dritte zu verhindern. Denjenigen Personen, die unmittelbar im Rahmen der Durchführung des Vertrags mitwirken, darf die Auftragnehmerin vertrauliche Informationen nur so weit offenbaren, wie dies zur Durchführung des Vertrags erforderlich ist. Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, die Einhaltung dieser Verpflichtung auch durch ihre Mitarbeiterinnen und sonstigen Erfüllungsgehilfinnen sicherzustellen. Vertrauliche Informationen sind nur solche Informationen, die nicht allgemein zugänglich oder öffentlich bekannt sind. Die Pflicht zur Geheimhaltung besteht auch nach Beendigung des Vertrags fort.

- 19.2 Die Auftraggeberin verpflichtet sich zur Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Auftragnehmerin; die Auftragnehmerin wird die Auftraggeberin stets vorab schriftlich darauf hinweisen, bei welchen Informationen bzw. Materialien, etc. es sich um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt. Sonstigen Dritten darf sie diese nur zugänglich machen, wenn diese ebenfalls zur Geheimhaltung verpflichtet sind.

Die der Auftraggeberin nach den Ziffern 12 dieses Rahmenvertrages übertragenen bzw. eingeräumten Rechte und deren Ausübung bleiben unberührt.

Die vorgenannten Pflichten bleiben auch nach der Beendigung des Vertrages bestehen.

- 19.3 Von der vorstehenden Vertraulichkeitsverpflichtung sind folgende Fälle ausgenommen:

- Know-how, das sich bereits rechtmäßig im Besitz des Empfängers befindet und keiner Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegt
- Know-how, das der Empfänger ohne Vertraulichkeitsverpflichtung in rechtmäßiger Weise von einem Dritten erhalten hat
- Unabhängige Eigenentwicklungen einer Partei
- Allgemein verfügbares Know-how
- Know-how, das nach Abschluss der Leistungen ohne Vertragsbruch des Empfängers allgemein verfügbar wurde,
- Offenlegung zur rechtlichen Beratung oder im Rahmen von Prozessen
- Die andere Partei stimmt einer Aufhebung der Vertraulichkeitsverpflichtung vorher schriftlich zu.

- 19.4 Die Auftragnehmerin ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung in Textform gemäß § 126 BGB der Auftraggeberin berechtigt, die Auftraggeberin als Referenzkunden in ihrer Referenzliste anzugeben oder diese sonst im Rahmen von Veröffentlichungen oder Werbemaßnahmen benennen. Entsprechendes gilt für die Verwendung des Logos der Auftraggeberin.

20 DATENSCHUTZ UND SICHERHEIT

- 20.1 Soweit die Auftragnehmerin bei ihren Arbeiten am Vertragsgegenstand personenbezogene Daten zu verarbeiten hat, wird sie die Datenschutzgesetze beachten, Maßnahmen zur Datensicherung gemäß Vorgaben der Auftraggeberin mit der Auftraggeberin vereinbaren und es dieser ermöglichen, sich über die Einhaltung dieser Vereinbarungen zu informieren. Die Auftragnehmerin wird, die ihr

anvertrauten, personenbezogenen Daten nur entsprechend der durch den Einzelabruf vorgegebenen oder der auf dem Einzelabruf beruhenden Weisung der Auftraggeberin nutzen und sie insbesondere nicht an Dritte weitergeben.

- 20.2 Soweit die Auftragnehmerin im Rahmen der Leistungserbringung personenbezogene Daten im Auftrag der Auftraggeberin verarbeitet, schließen die Parteien vor Beginn der Verarbeitung eine Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO gemäß den Vorgaben der Auftraggeberin. Die Leistungserbringung darf erst nach Abschluss der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung beginnen.
- 20.3 Die Auftraggeberin ist berechtigt, den Vertrag zur Auftragsverarbeitung während der Vertragslaufzeit zu konkretisieren oder anzupassen, soweit dies aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben, behördlicher Anordnungen, aufsichtsrechtlicher Anforderungen oder sonstiger datenschutzrechtlicher Erfordernisse notwendig wird.
- 20.4 Soweit die Leistungserbringung einen Zugang zu steuerlich geschützten Daten oder Informationen im Sinne des § 30 AO ermöglicht, hat der Auftragnehmer sicherzustellen, dass die von ihm eingesetzten Mitarbeitenden, Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer vor Tätigkeitsaufnahme schriftlich auf die Wahrung des Steuergeheimnisses verpflichtet werden. Der Auftraggeber ist berechtigt, den Nachweis dieser Verpflichtung vor Tätigkeitsaufnahme sowie während der Vertragslaufzeit zu verlangen. Personen, die die erforderliche Verpflichtungserklärung nicht abgegeben haben, dürfen nicht eingesetzt werden. Der Auftragnehmer haftet für Verstöße seiner Mitarbeitenden, Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer gegen das Steuergeheimnis wie für eigenes Verschulden.
- 20.5 Die Auftragnehmerin verpflichtet sich, angemessene technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 32 DSGVO umzusetzen. Diese sind in der Vereinbarung zur Auftragsverarbeitung zu konkretisieren. Datenschutzverletzungen sind der Auftraggeberin unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 24 Stunden schriftlich in Textform gemäß § 126b BGB anzuzeigen.
- 20.6 Der Auftragnehmerin ist es weder vor noch nach Beendigung des Vertrags gestattet, das ihr während der Durchführung des Vertrags von der Auftraggeberin übermittelte sowie das zusammen mit dieser erarbeiteten Know-how für sich oder Dritte zu verwerten. Nach Beendigung des Vertrags sind sämtliche schriftlichen Unterlagen und sonstigen Datenträger, die Know-how enthalten, an der Auftraggeberin zurückzugeben und auf internen Datenträger BSI-konform zu löschen. Die Löschung ist auf Wunsch schriftlich zu bestätigen.
- 20.7 Sofern die Auftragnehmerin beabsichtigt, im Rahmen der Vertragsdurchführung personenbezogene Daten aus dem Bereich der Auftraggeberin oder mit diesem

verbundenen Unternehmen in ein Land außerhalb der europäischen Union zu übermitteln, hat er dies der Auftraggeberin zuvor schriftlich mitzuteilen. Eine solche Übermittlung von Daten ist nur nach vorangehender ausdrücklicher und schriftlicher Zustimmung der Auftraggeberin und bei Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen zulässig.

- 20.8 Dieser Rahmenvertrag sowie jeder Einzelabruf können von der Auftraggeberin fristlos gekündigt werden, wenn die Auftragnehmerin die ihr obliegenden Verpflichtungen bzgl. Datenschutz und Informationssicherheit schwer und schuldhaft verletzt. Darüberhinausgehende Rechte und Ansprüche der Auftraggeberin bleiben unberührt.

21 VERPFLICHTUNG DES VON DER AUFTRAGNEHMERIN EINGESETZTEN PERSONALS

21.1 Zugriffsbeschränkung

Die Auftragnehmerin stellt sicher, dass der Zugriff auf personenbezogene Daten – insbesondere Sozialdaten im Sinne des Sozialgesetzbuch X – sowie sonstige Daten, welche im Rahmen der Auftragsausführungen gespeichert oder verarbeitet werden, ausschließlich solchen Beschäftigten gewährt wird, die diese Daten zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer vertraglichen Aufgaben zwingend benötigen (Need-to-know-Prinzip). Zugriffsrechte sind nach dem Grundsatz der minimalen Rechtevergabe (Least-Privilege) zu erteilen, regelmäßig zu überprüfen und bei Wegfall der Erforderlichkeit unverzüglich zu entziehen.

21.2 Personelle Verpflichtung und Schulung

Die Auftragnehmerin verpflichtet alle mit der Leistungserbringung betrauten Beschäftigten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit schriftlich auf die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung sowie der sozialdatenschutzrechtlichen Vorschriften.

Soweit die Beschäftigten im Rahmen ihrer Tätigkeit personenbezogene Daten im Auftrag der Auftraggeberin verarbeiten oder Zugang zu solchen Daten erhalten, hat die Auftragnehmerin diese zudem über das Bestehen, den Inhalt und die sich aus einem abgeschlossenen Vertrag zur Auftragsverarbeitung ergebenden Pflichten und Verhaltensanforderungen zu unterrichten. Die Beschäftigten sind auf die Einhaltung der sich hieraus ergebenden Vorgaben zu verpflichten.

Die Beschäftigten sind regelmäßig, mindestens einmal jährlich, zu Datenschutz und Informationssicherheit zu schulen. Die Schulungen haben auch die für die jeweilige

Tätigkeit relevanten Inhalte eines Vertrags zur Auftragsverarbeitung sowie die sich hieraus ergebenden technischen und organisatorischen Maßnahmen zu umfassen.

Verpflichtungen, Unterrichtungen und Schulungen sind zu dokumentieren und der Auftraggeberin auf Verlangen nachzuweisen.

21.3 Rollen- und Berechtigungskonzept

Die Auftragnehmerin implementiert ein dokumentiertes Rollen- und Berechtigungskonzept, das eine eindeutige Zuordnung von Aufgaben, Zuständigkeiten und Zugriffsrechten gewährleistet. Zugriffe auf personenbezogene Daten sind nachvollziehbar zu protokollieren und gegen unbefugte Nutzung zu sichern.

21.4 Vertraulichkeit und Weitergabe

Eine Kenntnisnahme, Nutzung oder Weitergabe personenbezogener Daten über den zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang hinaus ist unzulässig. Dies gilt auch innerhalb des Unternehmens der Auftragnehmerin. Eine Weitergabe an Dritte ist nur im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen und der gesetzlichen Vorgaben zulässig.

21.5 Kontrolle und Nachweis

Die Auftragnehmerin ermöglicht der Auftraggeberin auf Verlangen die Überprüfung der Einhaltung der vorstehenden Verpflichtungen und erteilt die hierzu erforderlichen Auskünfte. Entsprechende Nachweise sind auf Anforderung vorzulegen.

21.6 Sanktionen

Verstöße gegen die vorstehenden Verpflichtungen stellen eine wesentliche Vertragspflichtverletzung dar und berechtigen die Auftraggeberin – unbeschadet weiterer Rechte – zur Geltendmachung von Schadensersatz sowie zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages.

22 HERAUSGABE VON MATERIALIEN

Die Auftragnehmerin wird auf Anforderung der Auftraggeberin alle Unterlagen, Materialien und Hilfsmittel (insbesondere auch Datenträger), die sie im Zusammenhang mit der Leistungserbringung von der Auftraggeberin erhalten oder erstellt hat, einschließlich Kopien an die Auftraggeberin herausgeben: Kopien darf die Auftragnehmerin behalten, wenn und soweit dies für den Nachweis der Leistungserbringung erforderlich ist; diese unterfallen jedoch den vertraglichen Geheimhaltungsverpflichtungen. Auf Anforderung der Auftraggeberin ist die Auftragnehmerin verpflichtet, alle ihr von der Auftraggeberin überlassenen Daten bzw. sonst digitalisierten Inhalte und Materialien dauerhaft BSI-konform zu löschen, soweit dies mit vernünftigem Aufwand möglich ist. Zu einer Löschung oder Herausgabe ist die Auftragnehmerin jedoch nicht verpflichtet, soweit sie gesetzlich verpflichtet ist, die Unterlagen und/oder deren Kopien aufzubewahren.

23 LAUFZEIT UND KÜNDIGUNG DES RAHMENVERTRAGES UND EINZELVERTRAGES

- 23.1 Dieser Rahmenvertrag tritt mit Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien in Kraft und gilt zunächst für einen Zeitraum von 24 Monaten. Der Vertrag kann optional um jeweils 2 Mal 12 Monate verlängert werden, wenn die Auftraggeberin die Option drei Monate vor Vertragsablauf ankündigt.
- 23.2 Eine Kündigung oder eine sonstige Beendigung dieses Rahmenvertrags lässt solche Einzelverträge unberührt, die zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung oder der sonstigen Vertragsbeendigung bereits geschlossen, aber noch nicht vollständig abgewickelt sind. Auf diese Einzelverträge finden die Bestimmungen dieses Rahmenvertrags weiterhin Anwendung.
- 23.3 Der Einzelvertrag kann mit einer Frist von 14 Tagen jederzeit gekündigt werden, wenn der Vertrag mit der Endkundin aufgelöst wird (Sonderkündigungsrecht). Dieses Sonderkündigungsrecht der Auftraggeberin gilt unabhängig vom Rechtsgrund.
- 23.4 Das Recht beider Vertragsparteien zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- 23.5 Die Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

24 KEINE ARBEITNEHMERÜBERLASSUNG

- 24.1 Die Parteien sind sich darüber einig, dass Gegenstand dieses Vertrages ausschließlich die Erbringung von Dienst- oder Werkleistungen ist. Eine Überlassung von Arbeitnehmerinnen im Sinne des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ist nicht vereinbart.
- 24.2 Die Auftragnehmerin erbringt die Leistungen eigenverantwortlich und selbständig. Eine Eingliederung der von ihr eingesetzten Mitarbeiterinnen in die Arbeitsorganisation der Auftraggeberin oder der Endkundin erfolgt nicht.
- 24.3 Die Auftragnehmerin ist allein berechtigt und verpflichtet, ihren Mitarbeiterinnen fachliche und organisatorische Weisungen zu erteilen.
- 24.4 Weisungen der Auftraggeberin oder der Endkundin beschränken sich auf:
- die Festlegung von Leistungszielen,
 - die Priorisierung von Aufgaben,
 - die Abstimmung von Projektergebnissen.
- 24.5 Eine unmittelbare arbeitsrechtliche Weisungsbefugnis gegenüber den eingesetzten Mitarbeiterinnen der Auftragnehmerin besteht nicht.
- 24.6 Die Auftragnehmerin trägt die alleinige Verantwortung für:
- Auswahl,
 - Einsatz,
 - Steuerung und Kontrolle
- ihrer Mitarbeiterinnen.
- 24.7 Die Auftragnehmerin stellt sicher, dass ihre Mitarbeiterinnen nicht in Dienstpläne, Arbeitszeitregelungen oder sonstige Organisationsstrukturen der Auftraggeberin oder der Endkundin eingegliedert werden.
- 24.8 Sollte im Einzelfall die Gefahr bestehen, dass eine Arbeitnehmerüberlassung im Sinne des AÜG vorliegt, werden die Parteien unverzüglich geeignete Maßnahmen treffen, um einen rechtskonformen Zustand herzustellen.
- 24.9 Die Auftragnehmerin stellt die Auftraggeberin von sämtlichen Ansprüchen frei, die aus einem Verstoß gegen das AÜG resultieren.

25 PFLICHTEN DER AUFTRAGNEHMERIN BEI VERTRAGSBEENDIGUNG

- 25.1 Unabhängig vom Grund der Beendigung des Vertragsverhältnisses ist die Auftragnehmerin verpflichtet, mit der Auftraggeberin zum Zwecke einer ordnungsgemäßen Abwicklung des Vertragsverhältnisses zusammenarbeiten.
- 25.2 Soweit die Auftraggeberin in diesem Zusammenhang von der Auftragnehmerin Leistungen anfordert, zu deren Erbringung sie vertraglich nicht oder nicht mehr verpflichtet ist, wird die Auftragnehmerin diese Leistungen im Rahmen ihrer technischen, organisatorischen und personellen Möglichkeiten gegen angemessene und marktübliche Vergütung erbringen.

26 ZURÜCKBEHALTUNGSRECHT, AUFRECHNUNGSRECHT

- 26.1 Zurückbehaltungsrechte stehen der Auftragnehmerin nur zu, wenn der Anspruch der Auftragnehmerin, auf den sie das Zurückbehaltungsrecht stützt, unbestritten, anerkannt, rechtskräftig festgestellt oder entscheidungsreif ist und auf demselben Rechtsverhältnis beruht.
- 26.2 Aufrechnungsrechte stehen der Auftragnehmerin nur zu, wenn ihre Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von der Auftraggeberin anerkannt sind.

27 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

- 27.1 Nebenabreden oder Änderungen zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses.
- 27.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit des Vertrages insgesamt nicht davon berührt. Die Vertragspartnerinnen sind im Rahmen des Zumutbaren nach Treu und Glauben verpflichtet, die unwirksame Bestimmung durch eine wirksame zu ersetzen, die unter Berücksichtigung der beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen dem Vertragsziel am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für den Fall, dass dieser Rahmenvertrag Lücken enthalten sollte.
- 27.3 Ausschließlicher Gerichtsstand ist für beide Vertragsparteien München. Sofern sich aus dem Einzelabruf nichts anderes ergibt, ist der Geschäftssitz der Auftraggeberin Erfüllungsort.

- 27.4 Es gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss aller Rechtsnormen, die in eine andere Rechtsordnung verweisen.